

UMSCHAU

Die Union und das Christliche

Was denn an der CDU überhaupt noch christlich sei? Diese Frage wird nicht nur von außen gestellt, auch in den eigenen Reihen wird sie laut. Die Frage nach dem Christlichen in der CDU ist so alt wie die CDU selbst, und seit ihren Anfängen ist die CDU dem Vorwurf ausgesetzt, das Adjektiv christlich mißbräuchlich zu führen. Die Bezeichnung christlich, so heißt es, könnten lediglich die Kirchen und ihre Einrichtungen beanspruchen, nicht aber Erscheinungsformen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Und erst gar nicht könne eine Partei diesen Monopolanspruch erheben und so indirekt andere Parteien diffamieren. Auch seien ja in den Unionsparteien keineswegs nur überzeugte Christen tätig.

Diese Fragen und Meinungen kann man zwar leicht als unbegründet und polemisch zurückweisen; aber sie machen doch deutlich, daß es für eine Partei wichtig ist, sich immer wieder auf ihre ideellen Grundlagen zu besinnen und aus ihnen das Leitbild und den Maßstab zu entnehmen, an denen Programmatik und Einzelentscheidungen zu orientieren sind.

In diesem Zusammenhang gilt es zunächst ein Mißverständnis aufzuklären. Abgesehen davon, daß die CDU nur eine der regierungsbildenden Parteien ist, kann sie keinen christlichen Staat schaffen. Christliche Politik und christlicher Staat sind nicht dasselbe. Auch wenn unsere Verfassung von einer christlichen Überzeugung geprägt ist, so kann moderne Demokratie doch kaum anders verstanden werden als ein säkulares, weltanschaulich neutrales Gebilde.

Wenn auch unser gegenwärtiger Staat kein christlicher ist, so ist es doch möglich und nötig, christliche Politik zu treiben. Und christliche Politik wird dort getrieben, wo die politische Zielsetzung, die politische Methode und die politischen Einzelentscheidungen an dem orientiert sind, auf den die CDU sich in ihrem Parteinamen beruft, auf Jesus, den Christus. Nicht eine christliche oder abendländische Idee, kein abstraktes Prinzip, kein theologisches System, keine from-

me Zustimmung, kein ethischer Grundsatz machen das spezifisch oder unterscheidend Christliche aus, sondern dieser Jesus Christus selbst. Dieser konkrete Jesus als der lebendige Christus ist für die Christen der letztlich in allen Situationen Maßgebende.

Die Orientierung an seiner Theorie und Praxis gibt keine Patentrezepte für politisches Handeln in jeder Situation, aber sie ermöglicht

- eine neue Grundeinstellung, die sich in bestimmten Wertentscheidungen zeigt;
- neue Motivationen des Handelns durch tiefere und unmittelbare Anstöße;
- neue Dispositionen, etwa für das Engagement für Benachteiligte, für die Solidarisierung mit Asylanten;
- neue Aktionen, zum Beispiel für Arbeitslose;
- einen neuen Sinnhorizont und eine neue Zielbestimmung politischen Handelns und der Geschichte, die auch das Negative sinnvoll bewältigen lassen.

Es ist eine bleibende Aufgabe für den christlichen Politiker, stets von neuem die „Zeichen der Zeit“ zu deuten, jede einzelne Situation und deren Probleme als Aufgabe zu begreifen, die Theorie und Praxis des Jesus von Nazaret zeitbezogen zu konkretisieren und daraus sich ableitende Folgerungen mit Vernunftgründen so zu vertreten, daß sie in unserer pluralen Gesellschaft Anerkennung und im politischen Prozeß Zustimmung finden können.

Ob die CDU sich zu Recht eine christliche Partei nennt, erweist sich nicht von vornherein daran, ob sie anderen Parteien moralisch überlegen, sondern daran, ob sie willens und fähig ist, die ihr abverlangten politischen Entscheidungen an Theorie und Praxis des Jesus von Nazaret zu orientieren. Wer vorgibt, christliche Politik zu treiben, muß sich auch an christlichen Werten und Maßstäben messen und von anderen darauf ansprechen lassen. Hier gibt es neben Anerkennung überzeugender Beispiele auch Zweifel und

enttäuschte Erwartungen. Auch wenn christliche Politiker Menschen sind wie andere Menschen auch, so wird von ihnen doch Besonderes erwartet:

- sie sollen in bestimmten Fragen besonders sensibel sein;
- sie sollen sich immer an der Würde und an den Rechten des Menschen orientieren und sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen;
- sie sollen mehr das Gemeinwohl als partikuläre Ziele beachten;
- sie sollen mehr an den einzelnen Menschen in seiner konkreten Situation und Not denken als an Gruppen, Massen und Parteien;
- sie sollen der Selbstherrlichkeit politischer Macht Fesseln anlegen;
- sie sollen den unscheinbaren politischen Aufgaben, die nur selten an das Licht der Öffentlichkeit gelangen, ebensoviel Aufmerksamkeit widmen wie der spektakulären großen Politik;
- sie müssen mehr auf Zusammenwirken als auf Konflikt hin arbeiten;
- sie dürfen Gegensätze nicht steigern, sondern sollen sie überbrücken und mildern;
- sie sollen die Gegensätze sachlich und fair austragen und den politischen Gegner nicht herabwürdigen;
- sie sollen im Gegner nicht den Feind sehen, selbst wenn er ihnen feindlich gegenübertritt, sondern den möglichen Partner einer Verständigung;
- sie sollen dazu beitragen, daß bei den Auseinandersetzungen um politische Ziele immer ein Raum gegenseitiger Anerkennung erhalten bleibt, in dem sie sich einander menschlich begegnen können;

– sie müssen gegebenenfalls die Ebene der Rechtsbeziehung und Rechtspflichten hin zur Versöhnungsbereitschaft und Barmherzigkeit überschreiten.

Wenn man die genannten Merkmale auch bei Politikern in anderen Parteien findet – auch dort engagieren sich Christen –, so kann der CDU dennoch nicht die Streichung des Adjektivs christlich zugemutet werden. Ein solcher Verzicht wäre ein Gegenbekenntnis. Die CDU würde damit ihre Glaubwürdigkeit verlieren und jene Wähler ratlos machen, die bestimmte Werte, das, was ihnen „heilig“ ist, noch am besten bei ihr aufgehoben sehen.

Eine Besinnung auf ihre geistigen Grundlagen verbunden mit einer schöpferischen Formulierung ihrer politischen Zielvorstellungen für die 90er Jahre will die CDU auf ihrem 36. Bundesparteitag vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden vornehmen. Einen Tag lang soll dort das Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Die fünf Schwerpunkte des Diskussionsentwurfs „Menschliches Leben ist unverfügbar“, „Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft“, „Für ein menschliches Miteinander mit Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen“, „Ältere Menschen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben in Selbständigkeit, Sicherheit und Geborgenheit“, „Neue Solidarität mit Arbeitslosen“ sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Daß die CDU sie in dem vorgelegten Diskussionsentwurf aus christlicher Perspektive angeht und zu lösen versucht, kann ihr nicht abgesprochen werden.

Johannes Reiter

Frühzeit des Christentums

Seit einigen Jahren verrät das Angebot auf dem deutschen Büchermarkt das gesteigerte Interesse einer breiteren Öffentlichkeit an der Frühzeit des Christentums. In diesem Zusammenhang muß nochmals an das Werk von Adalbert Hamman, „Die ersten Christen“ (vgl. diese Zschr. 204, 1986, 431 f.), erinnert werden, das sich wohl bewußt an ein breiteres Publikum ohne spezielle (kirchen-)geschichtliche Vorkenntnis wendet. Im

folgenden sollen weitere Bücher vorgestellt werden, die sich mit diesem Themenbereich beschäftigen. In unterschiedlicher Weise fordern sie den Leser heraus, sich auf die Anfänge dessen einzulassen, was sich heute in vielfach gewandelter Gestalt als Kirche und christlicher Glaube darstellt und das doch seinen Ursprung in jener Zeit hat.

Beginnen wir mit *Hans Dieter Stövers* Werk